



€UROLAND

Alles oder nichts

Cornelia von Soisses & Franz von Soisses



Verlosungen, Leseproben, News und mehr?

Jetzt Social Media Kanäle abonnieren!

--- *LESEPROBE* ---

Euroland

Alles oder nichts

Cornelia von Soisses &
Franz von Soisses

Soisses!

Impressum

Euroland: Alles oder Nichts (1. Auflage 2014)

Autor: Franz von Soisses

Lektorat: Cornelia von Soisses

Covergestaltung/Bild: Jasmin Waisburd / ©
Bigstockphoto.com

Copyright © 2014

Soisses Verlag

<http://www.soisses.com>

207 Taaffe Place, Office 3A

Brooklyn, NY11205, USA

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Werkes oder Teilen daraus, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Trotz sorgfältigem Lektorat können sich Fehler einschleichen. Autor und Verlag sind deshalb dankbar für diesbezügliche Hinweise. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

Prolog

Euroland ist eine Serie von Büchern zur Chronologie der Eurokrise und zu der Metapher von den Vereinigten Staaten Europas. Das Buch hat große Paten in den gut 500 Jahren, seit Dante Alighieri *monarchia totius europae seinen Gedanken im 14. Jahrhundert geschrieben hat.*

Georg von Podiebrad, der König von Böhmen, folgte diesem Gedanken 100 Jahre später mit seiner Vorstellung eines europäischen Fürstenbundes. In etwa ähnlich dem heutigen Europarat, der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten.

Während des Dreißigjährigen Krieges verfasste Maximilien de Béthune, Herzog von Sully, Minister des französischen Königs Heinrich IV, sein *grand dessin, auf das sich heutige Politiker berufen, wenn sie vom Frieden in Europa reden als der Errungenschaft der Wirtschaftsunion, der EU.*

Der Quäker William Penn, der die Kolonie Pennsylvania gründete, veröffentlichte 1693 das *Essay towards the Present and Future Peace of Europe*, ebenso 100 Jahre vor Napoleon Bonaparte. Letzterer jedoch wollte Europa militärisch erobern, um ihm seinen Code de Civil, den Vorläufer heutiger bürgerlicher Gesetzbücher, zu diktieren.

Schließlich gab es Geistesgrößen wie Immanuel Kant und sein Traktat *Zum ewigen Frieden* oder Friedrich Gentz, ein konservativer Chefberater Metternichs, der während des Wiener Kongresses in seiner Veröffentlichung *Über den ewigen Frieden* Kant würdigte.

Den Idealen der Französischen Revolution folgten Giuseppe Mazzini und Victor Hugo mit ihren Gedanken von den "Vereinigten Staaten von Europa", als sie formulierten,

"Europa ist der Hebel der Welt", der Geheimbündler Mazzini aus Genua, "Europa ist das Land der Freiheit".

Victor Hugo, Autor des Romans *Les Misérables*, widmete sich seiner Version der Vereinigten Staaten von Europa, ohne diese zu konkretisieren. Er war Literat und kein Politiker, eher ein Friedensbewegter seiner Zeit. Es brauchte noch zwei Weltkriege mehr und gut 300 Jahre nach dem Westfälischen Frieden, bis die Römischen Verträge unterschrieben wurden, die zum Vorläufer der EU, der EWG, führten.

Euroland in der vorliegenden Ausgabe ist eine Bestandsaufnahme heutiger Zeit, in der sich nicht nur Euroskeptiker und Europaoptimisten gegenüberstehen, sondern auch verdrossene Europaphile. Europaphile sind jene Enthusiasten, die viel Sympathie dem europäischen Gedanken entgegenbrachten und sich heute ernüchert sehen.

Den Takt in Europa geben heute Banken und Oligarchen vor, nicht die Politik. Die Bürger, für die Europa gedacht sein sollte, sind europamüde geworden, auch in Deutschland. Eine demokratische Mehrheit für Europa fehlt nunmehr für eine sehr lange Zeit. Eine verfassungsgebende Versammlung erscheint eher als eine Science-Fiction, denn als realistische Annahme.

Euroland ist eine These, die einer Beweisführung unterzogen wird. Es ist keine Antithese zu Europa. Es hat große Paten vor gewaltiger historischer Kulisse, es folgt dem Gesetz der Serie.

Eurofiktion

Im Gegensatz zu Science-Fiction regen Euro und Europa keine Fantasien an. Selbst wenn wir wissen, dass von all den Science-Fiction-Geschichten sich keine bewahrheitet hat, so ermöglichen sie uns denn doch, für eine kurze Zeit der Realität zu entfliehen und uns etwas wahrlich Heroisches vorzustellen. Das will und kann mit Euro und Europa nicht gelingen, diesen Kopfgeburten kleingeistiger Politiker. Dieses Fehlen von Fantasieerregung ist der größte Makel dieses Kunstgebildes Euro und Europa.

Ganze Völker können sich nicht vorstellen, jemals zusammenzugehören - bei allen kulturellen und historischen Unterschieden nicht. Unterschiede, die durch die Gemeinschaftswährung Euro nicht überdeckt und nicht überwunden werden konnten, nicht einmal Hegemonieerwartungen der eigenen wie die der anderen Art konnte die Währung auch nur verringern.

Wie sollte auf dieser Währung ein europäischer Staat entstehen, ein Bundes- und Vielvölkerstaat? Ein solcher Staat würde eher als Fremdherrschaft verstanden, die innere Widerstände auslösen würde, um die eigene Bestimmung wiederzuerlangen. Nicht allein, weil es in historischer Betrachtung die Regel ist und nicht die Ausnahme, sondern auch aus dem geschilderten Makel heraus, etwas Künstliches zu sein.

Ein Beispiel dafür sind die aktuellen Wahlergebnisse Europas. In jede politische Richtung rechts wie links wählend, werden die Regierungen abgewählt, die verkrampft an einer Europa-Idee festhalten, die keine Zukunft erwarten lässt. Die Euro- und Schuldenkrise, die alles beherrscht und ganze Staaten in ihrer Souveränität bedroht, bestätigt die Erwartung, Euro und Europa taugen nichts. Nationale Identität ist gerade das, was Europas Geschichte ist, im Krieg

wie im Frieden. Das Argument der Politik, „weil gerade Frieden ist, lässt uns einen Staat Europa schaffen“, verfängt nicht. Denn den Frieden, der ist, den gibt es, weil Deutschland als der Verursacher zweier Weltkriege diese verloren hat. Diese Reminiszenz besteht in der Erinnerung aller Völker.

Im Zeichen des Euro erscheint Deutschland jedoch nicht als Verlierer, sondern als Gewinner nebst einer Kanzlerin, die das auch laut so sagt: „Deutschland ist der Gewinner des Euro.“ Dabei hat die Tochter eines evangelischen Pfarrers wohl jenen Vers vergessen: „Lasset eure Weiber schweigen in der Gemeinde“, 1 Kor. 14,34

Weniger der Vers ist entscheidend, sondern der Umstand, dass Europa über gut 1000 Jahre kirchlich regiert wurde und die Bibel qua Gotteswort die moralische Vorgabe der Menschen gewesen ist und soweit gläubig bis heute ist.

Es war und ist mit Einführung der Gemeinschaftswährung kein Gedanke an Gewinner und Verlierer. Wenn man denn sich als Gewinner wähnt, schweige man in Demut darüber und prahlt nicht auch noch damit. Deutschen Nationalstolz kann Europa so gebrauchen wie gewöhnliche Menschen einen Kropf. Wenn man dann auch noch Solidarität mit Europa zum Politikstil erhebt, wird es vollends schizophoren, weil man die lauthals verkündeten Gewinne nunmehr als Almosen an Europa zurückgibt und jene demütigt, die (Euro hin oder her) nach wie vor souveräne Staaten sind und über nicht weniger Nationalstolz verfügen als die Deutschen.

Alttestamentarische Bibelvorgaben haben noch andere Empfehlungen parat, von Genozid bis Brudermord ist alles vertreten und ebenso in den Völkern tradiert. Dafür braucht man nicht den Islam als Feindbild bemühen, Europa hat über 1000 Jahre hinweg nichts anderes getrieben. Europas Völker sind schon deshalb in der Lage, jederzeit erneut übereinander herzufallen, gegen einen Hegemon, oder um einen Verlust auszugleichen. Verluste, die es wegen einer Gemeinschaftswährung gar nicht geben dürfte, entweder sind alle Gewinner oder keiner, schon gar nicht Deutschland allein

auf der Gewinnerseite. So entwickelt sich keine Vision, aber viel Fiktion - falsche Vorstellungen.

Wie Merkels Vorstellung von einer Fiskalunion: „Wir machen gemeinsam keine Schulden mehr.“ Diese taugt nicht einmal als Glaubensersatz. In den südeuropäischen Ländern explodieren die Staatsschulden, selbst Frankreich ächzt und Deutschland ist weit entfernt von weniger Schulden. Griechenland und Portugal müssten im Verhältnis doppelt so viel sparen als Deutschland selbst, wollte man denn diesem Mantra folgen. Daraus ergäbe sich ebenso mehr Gewinn für die Deutschen, die laut Kanzlerwort ohnehin schon die Gewinner des Euro wären. Hätte sie doch besser geschwiegen oder ein beherzter Weggefährte wäre ihr ins Wort gefallen, Emanzipation hin oder her.

Norbert Röttgen (CDU) hatte es zaghaft versucht und wurde daraufhin brutal rasiert. Man möchte ihm nachrufen, dass zaghaft allein nicht reicht. Da sind die Griechen etwas taffer dabei mit Syriza, jener linken Vereinigung, die offen sagt: „Wir können nicht bezahlen.“ Und denen Merkel (CDU) antwortet: „Entscheidet euch für den Euro, dann bezahlt. Oder geht raus aus dem Euro.“ Warum nur beherzigt sie nicht: Lasset eure Weiber schweigen in der Gemeinde“, 1 Kor. 14,34

Was ist an „wir können nicht“ so schwer zu verstehen? Deutschland exportiert U-Boote nach Griechenland (pro Stück für 200 Mio. Euro), so viel Schafskäse und Oliven essen die Deutschen aber nicht und trinken auch nicht so viel griechischen Wein, dass die Handelsbilanz ausgeglichen wäre, damit erst gar keine Schulden entstehen. Frau Merkel ist nicht nur Pfarrerstochter und trotzdem bibelvergessen, sondern auch Physikerin. Sie sollte das erste Gesetz der Physik kennen, Aktion = Reaktion. Was also erwartet sie von Griechenland? Kanzlerin Merkel, vormals Sekretärin für Agitation und Propaganda - auch in Rhetorik schwach.

Natürlich geht es um Macht in Europa, lange bevor Europa ein Staat ist. Das wissen die anderen Nationen auch, wie ebenso, dass die Deutschen eher diplomatische Holzköpfe

sind. Die diplomatischen hohen Weihen haben seit Napoleon die Franzosen inne, die haben traditionell eine eigene Vorstellung von Europa und der eigenen Stellung darin. Der noch größte Unterschied ist, „wir“ machen es alttestamentarisch oder "*Vive la République!*". Die Franzosen werden sich ihre Revolution nicht nehmen lassen, schon gar nicht von den Deutschen. Womit wir wieder bei den Befindlichkeiten der Völker sind. Deutsch-französische Freundschaft ist eine nichtssagende Metapher, vormals gab es auch eine deutsch-sowjetische Freundschaft, als man noch das Siegen von der Sowjetunion lernen wollte.

Hat man geglaubt, der Euro könnte den religiösen Glauben überwinden? Das konnte noch keine Währung der Geschichte jemals leisten. Glaube vermittelt immer auch Hoffnung, wenn auch an ein besseres Jenseits. Diese Hoffnung hat Geld nicht zum Inhalt, da bildet auch der Euro keine Ausnahme. Geld, gleich, welcher Währung, bewahrt auch immer Erinnerungen, gute wie schlechte, aber keine Hoffnung. Bestenfalls spekuliert man auf irgendeinen Gewinn, mit Hoffnung allein wird das jedoch nichts werden. Zumal wo immer auch Gewinner sind, wird es Verlierer geben. Es sei denn, das Spiel heiße Europa gegen den Rest der Welt nebst der Fragestellung, ob das Europa gewinnen könnte.

Es wird so schnell keinen Staat Europa geben, nicht einmal können. Deshalb bleibt der Euro ein Vorgriff auf eine Geschichte in einer Zukunft, eine Kunstwährung. Wenn es eine Gemeinschaftswährung sein soll, gehören sich Unterschiede nicht, mithin keine stolzen Gewinner und gedemütigte Verlierer. Wer diese Veranlagung der Währung mitgeben will, wird nur auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner kommen können. Entweder alle gleich arm oder Ausgleich zwischen den armen und reichen Regionen Europas - die Transferunion incl. der Eurobonds, die Merkel so beherzt ablehnt. Dabei war es Jesus, der davon sprach: „Ein jeder trage des anderen Last.“ Das ist Neues Testament.

Ganz ohne Glauben und Bibel wird es wohl nicht gehen, dazu wirkt diese christliche Missionierung denn doch schon zu lange. Euro und Europa fehlt der Glaube, wenn auch mit ähnlicher Missionierung angetreten, wenn auch die Sünden des Egoismus und der Gier auf der europäischen Fahne. So bleibt Europa eine Fiktion, eine Vision ist Europa nicht.

Eurofiktion 2

„Willkommen im 4. Reich ...“ titelte eine britische Zeitung und weiter „... was mit Panzern nicht gelungen ist ...“, schafft nun die Sparpolitik.

Die Gegenwehr verwundert nicht, nicht so sehr die Aufregung um die deutschen Spardiktate, weniger die Forderung nach Wachstumselementen, als mehr die Forderungen nach Hilfsmilliarden über den Rettungsschirm (EFSF) und dem Stabilitätsmechanismus (ESM) - irgendwann ist auch Deutschland überfordert, das 4. Reich verhindert, durch die Allianz der Europäer.

Portugal, Irland, Griechenland und nun Spanien, der EFSF ist mit seinen 400 Milliarden Euro nahezu ausgeschöpft. Zusammen mit den direkten Hilfen an Griechenland haftet Deutschland bereits mit 230 Milliarden Euro - nicht 27%, sondern 50% haftet Deutschland. Der ESM deutlich höher ausgestattet wird nicht unangetastet bleiben - Italien und Frankreich werden bereits als Kandidaten erwartet - dann ist der ESM bereits ausgeschöpft, noch bevor er überhaupt gestartet ist. Allein in Target 2 - Bilanzforderungen Deutschlands an andere europäische Staaten - befinden sich ganz ohne EFSF und ESM bereits 500 Milliarden Euro.

Kurz und gut, woran scheiterten Napoleon und Hitler? An ihrer Überdehnung der Nachschubwege. Ein Krieg, und nichts anderes ist ein Wirtschaftskrieg, braucht Nachschub, gleich, ob in Truppen oder im aktuellen Versuch Euros. Denn die Kehrseite eines jeden Krieges ist, die eroberten Länder müssen die Truppen ernähren. Tun sie es nicht oder können diese es nicht, bricht die Versorgung zusammen. So geschehen bei Napoleon und auch unter Hitler. Noch jeder andere Krieg seither machte von dieser Regel keine Ausnahme. Die große USA scheiterte in Vietnam, das kleine Land leistete Widerstand, es konnte und wollte nicht die amerikanischen

Truppen ernähren, 1975 war das Desaster der Amerikaner perfekt. Bretton Woods brach 1973 zusammen, nichts weniger als die Lösung des Dollars vom Goldstandard, die USA entschuldeten sich. In Folge kam es zur Hunt - Spekulation auf Silber, da der private Besitz von Gold in den USA verboten war. Die Spekulation brach Mitte der 1980er Jahre zusammen durch Verbot der Börsenaufsicht der USA, s.g. Long Positionen in Silber zu kaufen. Im gleichen Zeitraum stieg auch der Goldpreis.

Ähnlichkeiten zu heutigen Ereignissen sind nicht zufällig, sondern gegeben. Auch heute grassieren Spekulationen an Rohstoff- und Derivate-Märkten, dem Auslöser der Finanzkrise durch den Zusammenbruch der Lehmann Brothers (USA). Die europäischen Staaten retteten mit Hunderten Milliarden Euro ihre systemischen Banken und schlitterten in die Schuldenkrise. atürlich nur eine Verschwörungstheorie mehr. Nein, keine Verschwörung, wer und woher denn auch? Ein tatsächlicher Eingriff in ein laufendes System - never change a running systems - im Umkehrschluss folgt dem die kreative Zerstörung in der wohlmeinenden Absicht, etwas Neues zu schaffen.

Die Frage wäre denn was, abgesehen vom Wann?

Im Vergleich des Krieges verweilend kommt vor dem Neuen erst die Zerstörung, deren Ergebnis erst einmal realisiert sein will. Weniger eine Frage von Verschwörung, als mehr eine Frage des Geschehens. Der Euro ist deutlich strapaziert durch Finanz- und Schuldenkrise, Deutschland noch nicht überdehnt, jedoch mittelbar davor. Noch eine Volkswirtschaft weiter, die unter die Rettungsschirme schlüpft und die Überdehnung ist perfekt. Auch eine Regel von Kriegen ist, man geht nicht rein in einen Krieg, man muss auch wieder raus. Nur wie? Das hat sich in der Geschichte der Kriege noch kein Feldherr jemals überlegt. Denn Kriege müssen gewonnen werden, falls nicht, geht jeder Krieg verloren. Der Verlierer bezahlt alles.

Merkels (CDU) „scheitert der Euro, scheitert Europa“ ist nichts weniger als diese Logik. Schließlich ist laut Kanzlerin Merkel (CDU) „Deutschland der Gewinner des Euro“. Schon möglich, nur wer sind dann die Verlierer und was halten die davon? Eine Gemeinschaft - Europäische Gemeinschaft - verträgt keine Gewinner und Verlierer. Selbsterklärend, Gewinner und Verlierer haben keine Gemeinsamkeit. Warum der Weltkriegsverlierer nun der Gewinner des Euro und in Europa sein soll, erhellt sich den anderen europäischen Staaten nicht, genauer, sie akzeptieren diese Rollenverteilung nicht.

Was wäre, wenn die Deutsche Hegemonie scheitern würde, wären dann Euro und Europa gerettet? Außer der Tatsache, dass Zukunft immer stattfindet, lässt sich eine Zukunft nicht vorhersagen. Europa gab es schon vor dem Euro mit unterschiedlichen nationalen Währungen. Am Euro wird es kaum liegen, was aus Europa in Zukunft werden wird. Ein eventueller Staat „Vereinigte Staaten von Europa“ brauchte zuerst eine Gemeinsamkeit vor einer gemeinsamen Währung mit unterschiedlichen Wirtschaftsinteressen.

Kriege sind immer politisch motiviert, daran ändert ein Wirtschaftskrieg nicht das Geringste. Wirtschaftliche Hegemonie ist immer das Ziel von Kriegen. Falls nicht, könnte man im eigenen Land bleiben und Binnenwirtschaft betreiben. Falls nicht, dann wiederholte sich Geschichte doch - nach dem immer gleichen Muster.

Nun dieser Fiskalpakt mit der Abgabe nationaler Befugnisse - Souveränität. Nichts weniger als Macht abgeben an einen übergeordneten „Staat“, den es noch gar nicht gibt. In der aktuellen Lagebeurteilung ergibt sich, dass viel Polemik vorherrscht, die Beteiligten graben sich ein für einen Stellungskrieg. Im Spiel des Krieges - Schach - folgt dem ein Patt.

Nicht zu verwechseln mit einem Remis - unentschieden, kein Gewinner, kein Verlierer. Ein Patt ist eine Situation, in der sich niemand bewegt. Wer sich zuerst bewegt, der verliert.

Nur hat dieser Wirtschaftskrieg eine dynamische Komponente, die Euros, die als Rettungsmilliarden die Munition sind, mit der gefeuert wird, bis der letzte Euro verschossen sein wird. Das sichtbar werdende Patt findet nicht statt, es nähert sich ein erzwungenes Remis. Die Gegner reichen sich die Hände und beginnen ein neues Spiel.

Die Frage verbleibt, womit? Die Ursachen des Krieges sind nicht beseitigt, nur die Gegner haben sich erschöpft, die Schulden sind exorbitant. So diese denn bezahlt werden sollten, wird es mit Geld geschehen müssen, gleich, ob Euro oder in neuen nationalen Währungen. Mit oder ohne Finanzmarktsteuer, die den Charme besitzt, die Verursacher der Krise, Banken und Spekulanten an den Kosten zu beteiligen. Es ist, wenn es denn eine Systemkrise ist, eine direkte Folge eines Krieges, weniger eine Kapitalismuskrisis. Soweit man den Kapitalismus verantwortlich machen könnte, dann dem diese innewohnenden Eigenschaften von Egoismus und Gier, denen eigentlich der Sozialstaat entgegengesetzt ist oder sein sollte. Gerade den Sozialstaat zu ruinieren hält aber die Politik als Ausweg aus der Multikrise. Dagegen wehrt sich eine Großmacht - Frankreich, dessen Volk die Sozialisten gewählt hat. Auch die anderen europäischen Völker wählten konservative Regierungen in Serie ab. Es wird einsam um das neoliberale Deutschland.

Natürlich erklären alle Völker, am Euro festhalten zu wollen. Die Vereinigten Staaten Europas beruhen nur auf Erklärungen ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit. Der angedachte Fiskalpakt folgte denn eher Konfuzius „einen Abgrund überwindet niemand mit zwei kleinen Schritten“. Eine Eurofiktion, an Perry Rhodan erinnernd, bislang um 2600 Hefte seit 1961, 156.000 Seiten lang, 3000 Jahre umfassend.

Dagegen ist der Euro mit seinen 10 Jahren noch jung.

Creative Destruction

Kreative Zerstörung ist der systemische Ausweg, nicht als Ausnahme, sondern als die Regel in der Geschichte des Geldes der letzten 2500 Jahre. Sollte eine Lösung der Finanz- und Schuldenkrise vorstellbar sein, wird man sich näher ansehen müssen, was da gerade an Vorschlägen eingebracht wird.

Als Erstes die Vergemeinschaftung der Schulden, Eurobonds. Aus deutscher Sicht zahlten die Deutschen auch der anderen Staaten Schulden. Aus Sicht der anderen Staaten hat diese Idee Charme, zahlte doch der „Gewinner des Euro“ (Merkel) die Schuldenlast der Europäischen Gemeinschaft. Die Idee hat einen nicht geringen Pferdefuß, denn die bestehenden Schulden würden nicht getilgt, sondern (wie bisher geschehen) durch neue Schulden umfinanziert. Billig für die anderen, teuer für Deutschland.

Die Schuldenkrise bliebe ungelöst, da eine Tilgung der 9 Billionen Euro aller Eurostaaten gar nicht vorgesehen ist und bereits heute auch ohne Eurobonds nicht möglich ist. Gleichwohl die wahrscheinlichste aller Möglichkeiten, die wohl eine Realisierung erfahren wird. Merkel setzt aktuell die Forderung eines Fiskalpaktes dagegen, die Haushaltskontrolle durch eine neu zu schaffende EU-Instanz zu regeln, an die alle Eurostaaten die Souveränität über den Haushalt abgeben (sollen).

Der Fiskalpakt in der Kombination mit den Eurobonds soll die Schulden bremsen, nicht tilgen. Von Tilgung ist keine Rede, auch in Deutschland mit seinen eigenen 2 Billionen Euro Schulden nicht. Ein Blick auf den Vorläufer, den Maastrichtvertrag, zeigt auf, wo das Ergebnis in der Realität sein wird. Deutschland war das erste Euroland, das den Maastrichtvertrag verletzte, alle anderen Staaten folgten diesem Vorbild.

Zur Übersicht ein Vergleich, Deutschland zahlt jährlich 42 Milliarden Euro Zinsen für seine Schulden und keinen Cent Tilgung. Die Eurostaaten müssten für die Eurobonds um 200 Milliarden Euro Zinsen jährlich bezahlen und keinen Cent Tilgung. Da die heutigen Pleitestaaten bereits keine Zinsen bezahlen können, aber die Haftung für die Eurobonds gemeinschaftlich wäre und, unterstellt Deutschland müsste nur etwa 30% des Haftungsrisikos leisten, erhöhte sich die jährliche Zinslast um 60 Milliarden Euro auf zusammen 100 Milliarden Euro. Während der angedachte Fiskalpakt verhindern soll, dass mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird, ist fraglich, was Merkel sich vorstellt, woher sie diese neuerlichen Milliarden nehmen will? Aktuell nimmt Deutschland trotz Sparpaket 80 Milliarden Euro neue Schulden auf.

Nette Idee diese Eurobonds plus Fiskalpakt, sie löst nur die Schuldenkrise nicht und tilgt keinen Cent der bestehenden Schulden.

Also dann den Schuldentilgungsfonds für alle Schulden der Eurostaaten. Kurz geschildert, alle Schulden über dem Maastricht Kriterium von 60% des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes werden in einen gemeinsamen Tilgungsfonds ausgelagert und innerhalb von 20 Jahren getilgt. Mit anderen Worten die Tilgung soll 5% betragen zuzüglich der Zinsen, die für diese Schulden zu zahlen wären. Bei Zinsen von nur 2% für diesen Anteil der Schulden wollte die Eurozone 7% ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung aufwenden, um diesen Schuldenfonds zu bedienen?

Das Wirtschaftswachstum der gesamten Eurozone beträgt gerade einmal 1,5%. Die Differenz wollte man mithin dem Wirtschaftskreislauf entziehen, gleich für 20 Jahre. Wir setzen also unser Zugpferd auf Diät, erwarten aber 100% Leistungsfähigkeit? Der Klepper würde nicht einmal die halbe Strecke überstehen, sondern wegen Entkräftung zusammenbrechen.

Immerhin, es sollen mit dieser Idee Schulden getilgt werden, wenn auch nur die Hälfte von teilweise 120% Schuldenbeständen, wie etwa Italien hat, die verbleibende Hälfte bliebe erhalten, die Wurzel des Übels bliebe ebenfalls erhalten. Die Idee ist im Pool der Diskussion, klingt wie Grimms Märchen und wäre es auch, sollte diese Idee realisiert werden.

Was nun, sprach Zeus, die Götter sind besoffen? Ein allgemeiner Schuldenschnitt, die Eurostaaten streichen sich gegeneinander die Schulden. Schulden, die nicht bezahlt werden können, sind keine Schulden, also weg mit Schaden. Vorteil für die Länder, die bereits heute ihre Schulden nicht mehr bezahlen können, diese würden genau um diesen Anteil entlastet. Alle s.g. Nehmerländer würden entschuldet, die Nettozahlerländer wie Deutschland würden um den gleichen Betrag belastet. Die Schulden wären nicht weg, denen stehen letztlich private Gläubiger - Banken - gegenüber, die ganz sicher freiwillig nicht verzichten werden. Nur der Target 2 Saldo, also die Forderungen Deutschlands an andere Eurostaaten, beträgt 500 Milliarden Euro.

Rechnete man die Rettungsmilliarden aus EFSF und ESM hinzu, wäre der Anteil Deutschlands gut 1 Billion Euro, auf den zu verzichten wäre. Wenn aber die Banken weder verzichten können noch wollen, würden für den Schuldenverzicht die Banken erneut rekapitalisiert werden mit frischem Geld. Aus welcher Quelle sollte das denn sprudeln? Das ließe sich hebeln, wie man es mit EFSF bereits eingerichtet hätte. Im Ergebnis würden alte Schulden gegen neue Schulden getauscht, in welchem Kursverhältnis auch immer. Das alte Spiel, das zur Schuldenkrise führte, würde neu begonnen wie eine Neulackierung eines Autos. Außen alles frisch, unter der Haube bliebe alles beim Alten. Wenn, dann bräuchte es einen Nettoverzicht der alten Schulden. An diesen ist aber nicht gedacht und möglich ist dieser auch nicht, denn Gläubiger dieser Schulden sind nicht die Staaten, sondern private Banken, Hedges Fonds und Spekulanten.

Nette Idee, mit einem Nachteil - diese funktionierte nicht und löste an der Ursache des Problems auch nichts.

Es muss aber eine Lösung geschaffen werden, wenn man den Euro unbedingt retten will und gar dieses Großeuropa schaffen will, das seit Jahrzehnten als Vereinigte Staaten von Europa durch die Politik geistert. Eine Lösung wäre Inflation, schlichte Geldentwertung. Nur nicht, wie bislang angestrebt von 2%, sondern, sollte das zu einer Lösung führen, um deutlich höher als 5%. Vereinfacht übersetzt je 100 Euro Einkommen stünden an Kaufkraft nur noch 95 Euro zur Verfügung.

Das hört sich wenig an, hat aber eine Gegenbuchung, denn die Preise würden um den Anteil der Inflation steigen, alle Produkte würden teurer. Denn das ist das Wesen aller Preise, der Kunde bezahlt alles, während sich die Wirtschaft schadlos hält. Aber es ist auch ein Vorteil für alle jene, die Schulden haben, diese würden in Höhe der Inflationsrate entschuldet. Nachteil für all jene, die Sparguthaben besitzen, weil deren Vermögen um die Inflationsrate entwertet würde. Denn einer wird bezahlen müssen, die Staaten werden es nicht sein, die sind ja selbst Schuldner und würden wie dargestellt entschuldet.

Der Charme an dieser Idee, aus Sicht von Staat und Wirtschaft, die Sparer wären gezwungen, ihr Guthaben schnell auszugeben, wollen sie nicht zusehen, wie ihr Vermögen schrumpft. Es entstände ein Nachfrageschub in der Wirtschaft, wenn auch nicht notgedrungen in der europäischen Wirtschaft, sondern in der globalisierten Wirtschaft. Wer das Eine liebt, die Globalisierung, muss das Andere mögen, dass eben andere nicht europäische Wirtschaften partizipieren. Das Letzte, was sich Merkel (CDU) wünscht. Nur verhindern würde sie es nicht können, wenn denn die Globalisierung der versprochene Segen sein sollte, den die Neoliberalen so vollmundig angepriesen haben. In Autos ausgedrückt würden mehr Kia, Nissan, Toyota gekauft werden, als umgekehrt VW, Audi, BMW, Daimler usw. über alle

möglichen Produkte hinweg. Diese Idee ist deshalb ungefähr so beliebt wie ein Pickel im Gesicht oder ein Buckel.

Noch ist das Pulver nicht verschossen, wenn etwas grenzenlos ist, dann die Gedanken, die der Mensch sich so durch den Kopf gehen lassen kann. Ein asiatisches Sprichwort besagt: „Wo die Not am größten ist, wächst immer auch das Rettende.“ Bleiben wir gespannt. Der Euro könnte auch untergehen und es werden wieder nationale Währungen eingeführt. Die Drachme für die Griechen, die Lira den Italienern, den Deutschen die DM usw. Wenn auch mit der Folge, dass ein Wechselkurs eingeführt werden müsste, nicht allein DM vs. Drachme, DM vs. Franc, Lira, Peseten, Escudos, sondern auch ein Wechselkurs etwa Euro vs. DM, Euro vs. Drachme etc. Im selben Verhältnis würden deutsche Exporte teurer und vorbei wäre die Exportweltmeisterschaft neben der offenen Frage, welche Kaufkraft die nationalen Währungen im Inland entfalten würden.

Diese Lösung hat den Charme wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Oder wie Kanzlerin Merkel meint: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Das ist nicht sehr wahrscheinlich, denn Europa nebst Europäischer Union gab es auch bereits vor dem Euro mit eben unterschiedlichen nationalen Währungen.

Was es nicht gibt, ist, „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Irgendeine Lösung wird geschaffen werden müssen, sei es nun eine der beschriebenen oder eine völlig neue Idee, von der im Moment niemand etwas weiß. Vielleicht die britische Idee „Deutschland soll das britische Pfund einführen“. Diese Idee sorgte für schlichte Sprachlosigkeit, die deutsche Politik machte sich nicht einmal die Mühe, dieses Ansinnen abzulehnen oder überhaupt zu diskutieren.

Der bereits benannte Perry Rhodan lässt grüßen, eine Science-Fiction Reihe, die in 2600 Heften von verschiedenen Autoren verfasst wurde und bis heute fortgeschrieben wird.

Der Ideenreichtum zu dieser Reihe ist schier gegen unendlich. Ganz so unendlich wird es mit Euro und den Rettungsideen sicher nicht sein, denn es steht nicht einmal anteilig so viel Zeit zur Verfügung. Die IWF-Chefin Lagarde schloss sich den stimmungswaltigen Ökonomen und Spekulanten an, die orakeln, der Euro hätte noch 3 Monate Bestand bis ... ja bis was? Wir schreiben Juni 2012, die Aussichten sind hoffnungslos, die Chancen nicht vorhanden, vor diesem Hintergrund soll eine Lösung gedeihen.

Eurokalypse

„Das Imperium schlägt zurück“, Amerika - Mutterland des Kapitalismus - bringt eine neue Variante in die Eurodebatte ein. Ein Kreditpaket für Euroland von 3 Billionen Dollar, Kreditlinie über den IWF zu Bedingungen des IWF.

Unabhängig von Kredit und IWF, diese Vorstellung folgt der Grundannahme des Kapitalismus, „Geld hat man zu haben“. Es ist ja genau nicht so, dass nicht ausreichend vorhanden wäre, noch jeder Kredit basiert auf Geld. Das gesamte System basiert auf Krediten. Eine Kreditlinie über 3 Billionen wäre schon ein gewaltiger Hebel. Die Spekulationen gegen den Euro und einzelne Eurostaaten wären damit beendet, weil aussichtslos.

Man sollte meinen, wenn jemand weiß, wie das System funktioniert, dann sind es die Amerikaner, wer sonst. Da wären aber auch die Vergabebedingungen des IWF, die zumindest für diese Kreditlinie noch nicht definiert sind. Die Bedingungen des IWF sind keine „Wohlfühlpillen“ und sehen Sozialstandards gar nicht vor. Kurz und gut, der Euro würde mit dieser Maßnahme eine fremdbestimmte Währung, die Politik der jeweiligen Länder wäre zur Marionette degradiert.

Erst einmal ist das ein weiterer Vorschlag von vielen, an denen es aktuell wahrlich keinen Mangel hat. Wenn der internationale Markt den Geldhahn für den Euro zudreht, wird es dieser Vorschlag sein, der realisiert werden würde. Die USA gehen von 1 Monat aus, der IWF von 3 Monaten, um die Eurokrise zu beenden - entweder durch Rettung des Euros oder eben durch Ende des Euros.

Jenseits der Würdigkeit dieses neuen Vorschlages hat dieser den Vorteil, aufgrund seines Volumens sofort wirken zu können, während die demokratische Legalisierung in den Euroländern in aller Ruhe ausgesessen werden könnte.

In direkter Folge käme die Fiskalunion, wie sonst könnte Europa gemeinsam haften gegenüber dem IWF. Die Krisendebatte wäre beendet, die Schulden vertagt, denn von Tilgung ist bei dieser Lösung auch nicht die Rede. Der Schuldenstand der Eurozone wäre dann eben von 9 Billionen Euro auf 12 Billionen Euro gestiegen. Da Geld erwirtschaftet werden muss, wird die Tilgung aus den Volkswirtschaften geleistet werden müssen. Da die Politik die Souveränität über den Etat abgegeben hätte (an eben EU und IWF), könnte sie sich ganz darauf konzentrieren, die Volkswirtschaften zu organisieren.

Mit einem Wort, Europa wäre eine Kolonie der USA geworden.

Diese Vorgehensweise blendet aus, dass die Griechen und Spanier bereits auf den Barrikaden stehen, das italienische Volk wird sicher nicht ruhig bleiben. Die soziale Komponente ist schlicht nicht vorgesehen, denn es geht um Geld. Oder auch den Umkehrschluss betrachtet, bräuchte man keinen Rettungsschirm, laut Aussage der Politik „man habe über seine Verhältnisse gelebt“. Wenn dem so wäre oder dem so ist, was wären denn die korrekten Verhältnisse, damit Einnahmen zu den Ausgaben passen?

Das Geld „über den Verhältnissen“ ist nicht in überhöhte Sozialstandards geflossen, sondern in Subventionen an die Wirtschaft und in die Bankenrettung. Kürzen wir die Subventionen an die Wirtschaft und die Milliarden an die Banken, damit die Verhältnismäßigkeit hergestellt wird? Das steht nicht wirklich zu erwarten. Denn würde das geschehen, näherten wir uns eher dem Mittelalter als ausgerechnet modernen Verhältnissen. Es gehört zu den neoliberalen Märchen von freiem Markt und Kapitaldeckung, dass diese die heile Welt einrichten würden.

Bis zur heilen Welt der Kapitaldeckung müssten erst einmal die Ist-Schulden getilgt sein. Das allein erforderte einen Kapitalstrom, den sich die asiatischen Länder sicher nicht gefallen lassen wollen - und können eher auch nicht.

Zudem läuft die viel gepriesene freie Wirtschaft auf Krücken. Ohne Subvention wird in Deutschland nicht einmal eine Lagerhalle gebaut, geschweige denn ein Elektroauto entwickelt oder siehe Solarindustrie überhaupt am Markt überlebt. Nicht einmal die Landwirtschaft könnte ohne direkte Subventionen überleben.

Das Gegenbeispiel - schafften wir die Sozialstandards ab, nach der reinen Lehre des Marktes, sparte das um 754 Milliarden Euro. Diese aber sind durch Löhne finanziert als Bestandteil des Marktes. Dem gegenüber stehen 2 Billionen Euro Staatsschulden, die auch dann noch vorhanden wären. Das, was man gemeinhin unter Sozialstaat subsumiert, sind die Subventionen an die Rentenversicherung und die Hartz IV-Leistungen und machen zusammen um 135 Milliarden Euro aus. Diese sind rechtlich determiniert. Wir wären also wieder so weit wie jetzt auch, entweder wir subventionieren die Wirtschaften und retten die Banken oder wir stellen diesen Teil der staatlichen Leistungen ein, damit wir in einem Verhältnis leben, das kapitalgedeckt und schuldenfrei ist. Das wird nicht stattfinden, dafür braucht es keine Glaskugel oder hellseherische Begabungen.

Für diesen Teil der Lösungen gibt es keine Vorschläge, nicht einmal eine Debatte. Das System beruht auf Krediten und damit Geld, mithin Schulden. Diese Bedingung erfordert keine Antwort auf die Frage, wie man die Gegenposition lösen könnte, um eben in die Verhältnisse zu gelangen, damit man nicht über seine Verhältnisse leben würde. Es sei denn, es gelingen Mehreinnahmen, dann kann man auch mehr verteilen, den „Wohlstand für alle“ heben.

Diese Mehreinnahmen müssen irgendwo herkommen, da, wo ein Einnehmer ist, wird immer auch ein Ausgeber sein müssen, der sich entweder verschuldet, also über seine Verhältnisse leben müsste, oder es sich leisten könnte, weil seine Verhältnisse es zulassen.

Die USA können es nicht sein, die sind selbst verschuldet mit 14 Billionen Dollar, die Euroländer können es auch nicht

sein mit ihren noch 9 Billionen Euro Schulden. China mit 1,3 Milliarden Menschen und um 3 Billionen Dollar Devisenreserven? Also sollen sich die Chinesen sozialer verhalten als Amerikaner und Europäer jemals in ihrer Geschichte? Warum sollten die Chinesen das tun? Wenn, dann werden die Chinesen Eigentum für Geld fordern oder schlicht kaufen, weil die sich das leisten können. Die leben ja genau in ihren Verhältnissen, USA und Europa genau nicht. „Wenn wir mit China konkurrieren, werden wir verarmen“, meinte Wendelin Wiedeking (ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Porsche AG) lange vor Ausbruch der Euro- und Schuldenkrise.

Um in diesem Verhältnisargument zu bleiben, selbst wenn die Chinesen in ihren Verhältnissen handeln würden, ihren Wohlstand dem westlichen Wohlstand anpassen würden, müssten wir im gleichen Zeitraum verarmen, um die Schulden zu tilgen.

Da fehlt noch eine Komponente bis zur Reife einer Lösung - nämlich das Kapital selbst an dem geschaffenen Desaster zu beteiligen. Zunächst die diskutierte Tobinsteuer, als Finanzmarkttransaktionssteuer bekannt. Der Staat würde Geld an der Quelle abschöpfen und damit die Verwerfungen des Systems finanzieren. Das wäre eine dynamische Komponente und systemgerecht. Ebenso umstritten und angefeindet, aber möglich.

Es mehren sich innerhalb der Euroländer mehr und mehr Staaten einer Zustimmung für eine solche Steuer. Unterstellt, der behauptete Zeitraum von 1 Monat USA oder 3 Monate der IWF zur Eurorettung hätte einen realen Hintergrund, wäre die politische Reife für diese Steuer gegeben. Sie wäre ein Baustein zur notwendigen Lösung, nicht die Lösung allein.

Die Eurokalypse wäre abgesagt, wenn die Bausteine dafür bereitgestellt werden. Der Neoliberalismus wäre vorerst beendet, da das Märchen von der Kapitaldeckung zu gegebenen Bedingungen ein unerfüllbares Märchen bleiben wird. Noch aber ist das hier eine Fiction, was davon real werden wird, bleibt abzuwarten.

Dass Währungen untergehen, ist keine Seltenheit in der Geschichte, dann wird es anderes Geld geben und andere Realitäten damit. Wenn Währungen untergehen, ist das keine wirtschaftliche Bedingung, sondern meist politischer Wille.

Deficit Spending

Im Finale um den Euro mehren sich die Vorschläge, wie er denn nun zu retten sei, der Euro. Die einfachste Idee wäre, „Geld drucken“ eben durch die EZB, die nun einmal die Möglichkeiten dazu hat, wenn auch noch nicht die Legitimierung dafür. Im Moment ist ihr Schwerpunkt auf die Geldwertstabilität festgelegt, dazu passt aber die grenzenlose Flutung der Eurozone mit Geld nicht.

Die deutsche Politik hat bereits Tolerierung signalisiert, die Möglichkeiten für die EZB auszuweiten. So könne die EZB die europäischen Banken unbegrenzt mit billigem Geld versorgen und als Sicherheit Eigentumsanteile der jeweiligen Banken erhalten. Ebenso könnte die EZB die Staatsanleihen der Eurostaaten direkt ankaufen zu einem niedrigen Zins. Dieses zusammen wäre die Freigabe dafür, neues Geld unbegrenzt zu drucken. Natürlich hätte die EZB die theoretische Möglichkeit, jederzeit die Zinsen anzuheben und damit die Geldmenge wieder zu begrenzen, nur die sind Eigentümer der EZB die Eurostaaten selbst.

Der Charme dieser Idee wäre, dass sie ohne größere Zeitverzögerung sofort umgesetzt werden und wirken könnte. Die Lösung der Banken- und Schuldenkrise könnte auf eine fernere Zukunft verschoben werden. Das viele neue Geld müsste ebenso sicher eines Tages wieder eingesammelt werden, aber erst nach der Krise und eventuell nach der Gründung dieser „Vereinigten Staaten Europas“. Das historische Vorbild für eine solche Zentralbank wäre die FED der USA. Die USA mögen selbst hoch verschuldet sein, aber waren auch oft genug in ihrer Geschichte auch schon schuldenfrei. Der Dollar begründet ein Imperium mit weltweitem Einfluss. Das direkte Vorbild für Euro und „Vereinigte Staaten Europas“ waren und sind die USA. Unbenommen der politischen Einflussnahme auf die EZB und

deren Entscheidungen wäre eine entfesselte EZB die Umsetzung der Vorbildidee.

Auch die USA führten erst den Dollar als Währung ein und gründeten sich als Bundesstaat nach und nach durch Beitrittserklärungen der einzelnen Bundesstaaten - nicht in einem Guss. Jedoch bestand die Verfassungsgrundlage zur Gründung eines Bundesstaates vorher. Eine solche Verfassung fehlt bis heute als Gründungsurkunde für die „Vereinigten Staaten Europas.“ Der letzte Versuch einer Verfassungsgebung von oben endete als europäischer Vertrag.

Im Ergebnis wäre durch eine Kompetenzerweiterung der EZB ein machtvoll Instrument geschaffen für nichts anderes als deficit spending, um Märkte, Banken und Staaten unbegrenzt mit Geld zu fluten, während die Politik bis auf Weiteres befreit wäre von dem Druck, eine Lösung zu schaffen für die Doppelkrise aus Bankenrettung und Staatsverschuldung. Natürlich funktionierte eine derartige Geldpolitik nicht im luftleeren Raum, auch hier würden äußere wie innere Bedingungen Grenzen einziehen und die Notwendigkeit eines Bundesstaates Europa wäre von der Idee zur Aufgabe gereift.

Die ersten Schritte zu einer solchen EZB-Kompetenzausweitung wurden im Verlauf der Krise längst vollzogen, längst kauft die EZB Staatsanleihen bedrohter Eurostaaten auf und vergibt dafür neue Kredite. Man könnte auch gleich den ganzen Schritt vollziehen, statt vieler kleiner. Die kleine Lösung einer Bankenunion, auch einer der vielen Vorschläge, hat den Nachteil, dass es hierfür politische Widerstände in den einzelnen Parlamenten gibt.

Die Banken selbst dürften nicht gerade begeistert sein qua als „europäische Bank“ vereint zu werden, nichts anderes wäre eine Bankenunion gemeinsamer Haftung untereinander. Es bräuchte weiter eine europäische Bankenaufsicht mit Durchgriffsrechten gegenüber den Banken. Dagegen sind die Beschlüsse Basel II und Basel III für die Banken geradezu

bequem zu nennen. Eine Bankenunion greife zunächst nicht schnell genug und löste die Schuldenkrise auch nicht.

Eine Ausweitung der Kompetenzen der EZB dürfte auf keinen nennenswerten politischen Widerstand stoßen. Deutschland hätte sich tapfer gewährt und wäre europäisch unterlegen und die befürchtete Hegemonie der Deutschen wäre einmal mehr abgewehrt.

All das viele neue Geld muss nicht zwingend in einer hohen Inflation enden, wie man befürchten könnte. Der Dollar hat Zeit seines Bestehens sicher die eine oder andere Krise durchgemacht, aber keine größere Inflation wie vergleichbar Deutschland 1923. Ein Gipfelbeschluss im Sommer, und die EZB hätte ihre Freigabe und könnte sofort wirken. Alle weiteren Fragen nimmt man sich nach der Sommerpause vor, wie die Ausgestaltung der ratifizierten Fiskalunion.

Solche Ideen haben nicht nur einen Ideengeber, sondern sind bereits kollektiv gereift, wenn diese das Licht der Medien und Öffentlichkeit erreichen. Es hat sich ja nun herumgesprochen, dass es gewaltige Probleme und Untergangsszenarien hat, nebst einem Zeitfenster von noch 3 Monaten, so die Verlautbarungen aus USA und IWF. Die Zeit ist gekommen, einen überreifen Apfel zu ernten. Und siehe die Nachrichten zu diesem Vorschlag sind veröffentlicht, Geschrei und Widerspruch gibt es keinen, zwar auch keinen Applaus, der wäre unpässlich, dafür aber viel stillschweigende Zustimmung. Der Euro wäre bis auf Weiteres gerettet, die Souveränität der Staaten bliebe erhalten, die Parlamente behalten ihre Mitwirkungs- und Zustimmungsrechte. Schöne neue heile Welt.

Ist sie nicht und wird sie auch nicht, eine heile Welt sein. Mit unbegrenztem Geld hat man noch lange nicht die wirtschaftlichen und strukturellen Unterschiede in Europa beseitigt. Die Transferunion ist damit nicht vom Tisch, deren Notwendigkeit bleibt bestehen. Die Banken sind damit noch lange nicht an den Krisenkosten beteiligt. Welche Kräfte

entfaltet, und wie diese beherrscht werden können, ist auch nicht bekannt. Zumindest außerhalb der EZB-Kreise.

Bedenkenträger haben im Moment keine Konjunktur und werden vor dem ablaufenden Hintergrund auch kein Gehör finden. Es braucht eine Lösung, nicht irgendwann, sondern jetzt. Was dann sein wird, sehen wir dann.

Natürlich ist das das Ende der Sparpolitik merkelschen Mantras. Dass Sparen nicht die Lösung in einer Krise ist, hat sich mehr und mehr gezeigt. Welche Wachstumsmaßnahmen finanzierbar wären und in welchem Land welche, darüber besteht Unklarheit. In Griechenland wird man keine Automobilindustrie installieren können, möglicherweise eine solare Energieversorgung. Nur bis solche Wirtschaftsmodelle jemals greifen, brauchte es viel Zeit, mehr als zur Rettung von Euro und Staaten zur Verfügung steht. Die Rettungsschirme können nicht unendlich groß ausgestaltet werden, diese stoßen an parlamentarische und monetäre Grenzen. Deficit spending folgt der Idee, mit Krediten so lange zu fluten, bis eine Sättigung erreicht ist und die regionalen Wirtschaften anspringen und ihre Funktion erfüllen. Es entbindet ja nicht von der Voraussetzung, dass noch jede Investition sich am Ende rechnen muss. Andere Krisen vorher haben eines gelehrt, dass diese beherrschbar sind und mit geldpolitischen Maßnahmen einer Lösung zugeführt werden können. Eine andere Frage ist, wie lange man dieses deficit spending wird aufrechterhalten müssen, sind es vielleicht 5 Jahre oder doch eher 10 Jahre? „Willst Du eine Meile gehen, so beginne mit dem ersten Schritt“, besagt ein asiatisches Sprichwort. Oder wie die Bayern sagen: „Schau mer ma, dann sehn wir scho.“

Eine Wette darauf, ob die USA, der IWF und namhafte Ökonomen sich irren mit dieser Erwartung von 3 Monaten, bis das Fenster zur Rettung zugeschlagen ist, empfiehlt sich nicht. Der Markt entscheidet, zu welchen Konditionen überhaupt Gelder an Staaten gegeben werden, die Politik muss das Heft des Handelns wieder zurückerlangen. Eine befreite EZB hätte die Macht und die Möglichkeit, die Festung Europa zu halten

und aufgrund ihrer unbegrenzten Macht über den Euro die laufenden Spekulationen zu beenden.

Die weltweiten Spekulanten würden sich einer anderen Spielwiese zuwenden. Aufgaben für die Politik der Eurostaaten gäbe es genug, von allein begründet sich kein Bundesstaat Europa, nicht auf fehlender verfassungsrechtlicher Grundlage, nicht auf fehlender sozialpolitischer Ausgestaltung. Denn am langen Ende dieses Prozesses steht eine europaweite Wahl für eben jene Verfassung, die es dann sein soll, die Völker zu vereinen.

Ein Beispiel wäre das Rentenalter, ob es 60 Jahre, 67 Jahre oder gar 75 Jahre sein sollen, denn gleiches Recht für alle Europäer ist ja nicht einfach so auf einem der zahlreichen Gipfel beschlossen worden. Dergleichen Fragen europaweiter Gültigkeit bestehen noch mehr.

Ende der Leseprobe

Wie es weiter geht, erfahren Sie im Buch!

**Das Buch ist als eBook und gedruckte
Version auf Amazon.de erhältlich.**

[Hier klicken!](#)

Jetzt bestellen! 



Mehr unter

<http://stuberpublishing.com/euroland-sammelband>



Danke fuer Dein Interesse! Wenn Dir die Leseprobe gefallen hat, habe ich als Autor eine kleine Bitte an Dich:

Jetzt Freunde auf Facebook und Co. auf das Buch aufmerksam machen :-)!

